

NIEDERSCHRIFT

über die Sitzung **des Ausschusses für Wirtschaft und Finanzen** der Stadt Burgdorf am
08.11.2010 Sitzungszimmer des Rathauses II

16.WP/WuF/040

Beginn öffentlicher Teil: 16:00 Uhr
Beginn vertraulicher Teil: 18:42 Uhr

Ende öffentlicher Teil: 18:42 Uhr
Ende vertraulicher Teil: 18:42 Uhr

Anwesend: **Vorsitzender**

Rohde, Paul

Mitglied/Mitglieder

Braun, Hartmut
Ethner, Regina
Fleischmann, Michael
Lüddecke, Dieter
Rheinhardt, Michael
Walter, Klaus-Dieter

stellv. Mitglied/Mitglieder

Heldt, Gabriele
Pilgrim, Adolf-W.

Beratende/s Mitglied/er

Abend, Sven
Apel, Robert

Bürgermeister

Baxmann, Alfred

Verwaltung

Gawert, Ulrike
Hammermeister, Lars
Herbst, Rainer
Horn, Frank
Kauter, Theo
Lahmann, Jörg
Philipps, Lutz
Scholz, André
Strecker, Dagobert
Voutta, Jens

- bis TOP 6, 18.28 Uhr -

TAGESORDNUNG

Öffentlicher Teil

1. Feststellung der Anwesenheit, Beschlussfähigkeit und Tagesordnung

2. Genehmigung der Niederschrift über die Sitzung am 25.10.2010
3. Mitteilungen des Bürgermeisters
4. Anfragen laut Geschäftsordnung
 - a) Gebühren für Überlassung des Saales im HdJ
 - Anfrage des Ratsherrn Paul Rohde vom 28.10.2010 - (Anlage 1)
 - b) Überlassung von Städt. Räumen
 - Anfrage des Ratsherrn Paul Rohde vom 28.10.2010 - (Anlage 2)
 - c) Mehrweggeschirr
 - Anfrage des Ratsherrn Paul Rohde vom 28.10.2010 - (Anlage 3)
5. Ausbau von Stadtstraßen 2010
Bezugsvorlage: 2008 0357
Vorlage: 2010 0833
6. Entwurf Haushaltssatzung 2011
Vorlage: 2010 0808
7. Entwurf Investitionsprogramm 2011
Vorlage: 2010 0809
8. Vorläufiger Entwurf der Eröffnungsbilanz der Stadt Burgdorf zum 01.01.2010
Vorlage: 2010 0819
9. Anregungen an die Verwaltung

Einwohnerfragestunde

Öffentlicher Teil

1. Feststellung der Anwesenheit, Beschlussfähigkeit und Tagesordnung

Herr Rohde eröffnete um 16.00 Uhr die Sitzung, begrüßte die Anwesenden und stellte die ordnungsgemäße Ladung sowie die Beschlussfähigkeit fest. Die Tagesordnung wurde in der dieser Niederschrift vorangestellten Form einstimmig beschlossen.

2. Genehmigung der Niederschrift über die Sitzung am 25.10.2010

Da einigen Ausschussmitgliedern das Protokoll der Sitzung vom 25.10.2010 noch nicht zugegangen war, wurde der Tagesordnungspunkt vertagt.

3. Mitteilungen des Bürgermeisters

Herr Lahmann teilte mit, dass von den Fördermitteln des Konjunkturpaketes II aus dem Schwerpunktbereich Bildungsinfrastruktur (Energetische Maßnahmen in Schulen/KiGä) von dem Zuwendungshöchstbetrag bisher 2/3 der Pauschalmittel abgerufen worden seien. Somit stehen noch rd. 297.400 € zum Abruf zur Verfügung. Im Bereich Schulinfrastruktur seien bisher Pauschalmittel in Höhe von 269.468 € abgerufen, so dass noch ein Betrag von rd. 35.400 € abgerufen werden kann. Bisher – so **Herr Lahmann** – seien

noch nicht alle Projekte fertiggestellt. Er gehe davon aus, dass die Zuwendungshöchstbeträge aber auch ausgeschöpft werden.

Auf Rückfrage von **Herrn Rohde** erklärte **Herr Philipps**, dass der Landesrechnungshof bereits im Hause gewesen sei und sich einzelne der mit Fördermitteln finanzierte Projekt angeschaut habe. Eine spätere Überprüfung der Abrechnung der Fördermittel durch den Landesrechnungshof sei nicht ausgeschlossen.

4. **Anfragen laut Geschäftsordnung**
- a) **Gebühren für Überlassung des Saales im HdJ**
 - **Anfrage des Rats Herrn Paul Rohde vom 28.10.2010 - (Anlage 1)**
 - b) **Überlassung von Städt. Räumen**
 - **Anfrage des Rats Herrn Paul Rohde vom 28.10.2010 - (Anlage 2)**
 - c) **Mehrweggeschirr**
 - **Anfrage des Rats Herrn Paul Rohde vom 28.10.2010 - (Anlage 3)**
-

Herr Rohde fragte nach , ob die von ihm am 04.11.2010 gestellte Anfrage zu den Kosten für auferlegte Aufgaben in der nächsten Sitzung beantwortet werde. Dieses wurde von **Herrn Philipps** bejaht.

Von **Herrn Kauter** wurde erklärt, dass die Beantwortung dieser Anfrage äußerst schwer bzw. fast unmöglich sei. Nach Rückfragen beim Nieders. Städtetag sowie beim Städte- und Gemeindebund wurde ihm mitgeteilt, dass zu der hier gestellten Anfrage keinerlei Zahlen genannt werden können. Eine Ermittlung sei äußerst schwierig und erfordere den Einsatz von mehreren Mitarbeitern über einen längeren Zeitraum.

Herr Baxmann ergänzte, dass eine Vielzahl gesetzlicher Regelungen zu entsprechenden Mehrausgaben geführt haben, aber diese nicht für die einzelne Kommune beziffert werden könnten. Er regte an, dass bei der Controllinguntersuchung einzelner Bereiche eine Aufnahme der jeweils neu hinzugekommenen Aufgaben erfolgen könne und diese Kosten dann für den jeweiligen Bereich ermittelt werden könnten.

Herr Lüdecke schlug vor, an einigen markanten Beispielen darzustellen, welche finanziellen Auswirkungen damit für die Stadt Burgdorf verbunden seien.

Dieses wurde von **Herrn Baxmann** zugesagt, so dass in der Sitzung am 22.11.2010 an drei bis vier Blöcken beispielhaft dargestellt werden könne, durch welche Aufgabenverschiebungen bzw. Zuweisung neuer Aufgaben Mehrausgaben für die Stadt entstanden sind.

Anschließend verlas **Herr Rohde** die von ihm gestellte Anfrage zu a) (Anlage 1 zum Protokoll). Diese Anfrage wurde von **Herrn Strecker** mit der in Anlage 2 aufgeführten Zwischenmitteilung beantwortet, da der Vorgang noch nicht abschließend bearbeitet ist.

Die von **Herrn Rohde** verlesene Anfrage zu b) (Anlage 3 zum Protokoll) wurde von **Herrn Lahmann** mit der dem Protokoll beigefügten Anlage 4 beantwortet.

Herr Rohde verlas anschließend die von ihm gestellte Anfrage zu c) (Anlage 5 zum Protokoll). Diese wurde von **Herrn Scholz** beantwortet (Anlage 6).

5. **Ausbau von Stadtstraßen 2010**
Bezugsvorlage: 2008 0357
Vorlage: 2010 0833

Herr Herbst erläuterte noch einmal die Vorlage und erklärte, dass sich aufgrund neuer Kamerabefahrungen hinsichtlich der Sanierungsmaßnahmen regelmäßig andere Bewertungen ergeben würden und somit Verschiebungen in der aufgestellten Prioritätenliste notwendig seien.

Zu der Frage von **Herrn Fleischmann** zum Unterschied zwischen Sanierung und Vollausbau von Straßen erklärte **Herr Herbst**, dass bei einer Sanierung die Kosten zu 100% von der Stadt getragen werden müssten während bei einem Vollausbau die Anlieger bis zu 75% an den Investitionskosten beteiligt werden würden. Es müsse immer im jeweiligen Einzelfall eine Betrachtung unter wirtschaftlichen Aspekten erfolgen. Dabei müsse auch die Restnutzungsdauer einer Straße berücksichtigt werden, bevor entschieden werde, ob es zu einem Vollausbau der Straße komme oder eine Sanierung noch ausreiche.

Die Ausschussmitglieder waren sich einig, dass eine frühzeitige Information der Anlieger zu einer möglichen Kostenbeteiligung erfolgen müsse.

Von **Herrn Fleischmann** wurde ein Änderungsantrag zur Vorlage gestellt, der beinhaltet, dass grundsätzlich eine Sanierung der Straßen in Betracht kommen solle. Ein Vollausbau solle nur erfolgen, wenn dieser unausweichlich sei.

Herr Baxmann machte deutlich, dass ein solcher Änderungsantrag nicht erforderlich sei, da die Stadt bei ihren Kanalsanierungen regelmäßig so verfare.

Dieser Änderungsantrag wurde bei 1 Jastimme, 1 Enthaltung und 6 Neinstimmen abgelehnt.

Anschließend ließ **Herr Rohde** über den Beschlussvorschlag zur Vorlage abstimmen. Mit 1 Enthaltung und 7 Jastimmen wurde folgender **Beschluss** gefasst:

„Der Ausschuss für Wirtschaft und Finanzen schließt sich folgender Beschlussempfehlung zu der Vorlage Nr. 2010 0833 an:

Der Verwaltungsausschuss nimmt von der Vorlage Nr. 2010 0833 Kenntnis und empfiehlt dem Rat, die notwendigen HHMittel zu gegebener Zeit bereitzustellen.‘

6. **Entwurf Haushaltssatzung 2011**
Vorlage: 2010 0808

Herr Philipps erklärte zu Beginn des Tagesordnungspunktes, dass die vorliegenden Steuerschätzungen auf Bundesebene noch keine Rückschlüsse auf Burgdorf zuließen. Hierzu müsse das regionalisierte Ergebnis abgewartet werden.

Anschließend begann der Ausschuss mit den Beratungen für den Haushaltsplan-Entwurf 2011 auf Seite 46.

Von **Frau Ethner** wurden die Positionen 15 und 19 angesprochen. Sie bat um Erläuterung, warum die Differenz zwischen Position 15 und 19 durch Wegfall der Fortbildungskosten in Position 19 höher sei als 1.000 €.

Antwort über Protokoll:

Die Fortbildungskosten wurden anhand des Durchschnitts der letzten Jahre ermittelt. Für den Personalrat ergab sich somit ein Betrag von durchschnittlich 2.000 € und für den Schwerbehindertenvertreter von 500 €, insgesamt also 2.500 €.

Die Geschäftsaufwendungen wurden etwas erhöht, da der bisher veranschlagte Betrag nicht ausreichend war.

Zu der Erläuterung von Position 15 erkundigte sich **Frau Ethner** nach der Summe des reduzierten Betrages gem. Haushaltssicherungskonzept.

Antwort über Protokoll:

Von den im Haushaltssicherungskonzept aufgeführten Maßnahmen wurden folgende Einsparungen im Haushaltsplan-Entwurf 2011 berücksichtigt:

<u>Konto</u>	<u>Bezeichnung</u>	<u>Betrag</u>
11112.427100	Vermessung u. Werbung Grundstücke	10.000,00 €
24300.431812	Zuschüsse an übrige Bereiche – Schulbeihilfen	30.000,00 €
55400.427102	Neuaufstellung Landschaftsplan	30.000,00 €
57100.427100	Mittel für Standortwerbung	12.000,00 €
57100.481100	Pflegemaßnahmen Bauhof/Gärtnerbauhof	3.300,00 €
57500.427100	Druckerzeugnisse zur Imagewerbung	1.500,00 €
57500.481100	Bauhof für Fremdenverkehrsförderung	<u>500,00 €</u>
	Insgesamt:	87.300,00 €

Zu den Transferaufwendungen auf Seite 65 bat **Herr Rohde** um Auflistung der einzelnen Beträge.

Antwort über Protokoll:

Umlage Frauenberatungsstelle der AWO	3.900 €
Frauennachttaxi (mtl. 300 €)	3.600 €
Honorar für Präventionsaufgaben	6.500 €.

Zu den von **Frau Ethner** aufgeworfenen Fragen in verschiedenen Produkten zum Ansatz der Personalaufwendungen erklärte **Herr Strecker**, dass im Jahr 2010 noch eine ungenaue Zuordnung der Personalkosten zu den Produkten erfolgt sei. Dieses wurde über den Haushaltsplan 2011 bereinigt. Dadurch ergeben sich in verschiedenen Produkten Abweichungen zu den Vorjahresansätzen.

Zur Frage von **Herrn Rohde** zur Anschaffung von Jalousien für das Rathaus IV (Seite 88, Erläuterung zu Pos. 15, Konto 11102.422200) erklärte **Herr Lahmann**, dass zwar auf der Südseite des Gebäudes von der Vermieterin Außenjalousien angebracht seien, aber in den anderen Räumlichkeiten wegen Blendeinwirkungen auf den Bildschirmen auf eigene Kosten noch Innenjalousien angebracht werden müssten.

Die zu den Personalaufwendungen auf Seite 92 gestellte Frage zur starken Abweichung der Aufwendungen gegenüber dem Vorjahr sowie auch in den Folgejahren beantworteten **Herr Strecker** und **Herr Philipps** dahingehend, dass zum einen in 2011 das erste Mal Zuführungen zu Pensionsrückstellungen für Beamte und zu Beihilferückstellungen für Beschäftigte erfolgen müssten. Zum anderen ist in den Personalaufwendungen ein Ansatz von 341.300 € bei dem Konto ,11103.401900 - Personalkostenpool' gebildet worden, der – sollte der Stellenplan in der vorliegenden Form beschlossen werden - entsprechend der Zuordnung zu den einzelnen Produkten wieder aufgelöst wird.

Zu dem Ansatz auf Seite 156, Pos. 18 – Transferaufwendungen – erläuterte **Herr Strecker**, dass dieser Umlagebetrag während der Haushaltsplanberatungen noch reduziert werden könne. Die Verbandsversammlung der VHS habe geplant, entsprechende Rücklagen zur Finanzierung ihrer Aufgaben im Jahr 2011 einsetzen, so dass der Gesamtumlagebetrag voraussichtlich niedriger ausfallen werde. Der genaue Betrag wird während der Haushaltsplanberatungen über die Liste berücksichtigt werden.

Herr Rohde bat darum, die Transferaufwendungen auf Seite 231 entsprechend zu beziffern.

Antwort über Protokoll:

Zuschüsse an:

<i>DRK / Villa Mercedes</i>	<i>213.000 €</i>
<i>Kinderspielhaus e.V.</i>	<i>178.000 €</i>
<i>Allerleihrauh</i>	<i>45.100 €</i>
<i>Kita Nord West</i>	<i>205.700 €</i>
<i>St. Paulus Gemeinde</i>	<i>161.000 €</i>
<i>Kita AWO Süd-Ost</i>	<i>245.000 €</i>
<i>Frauen- u. Mütterzentrum</i>	<i>50.000 €</i>
<i>Ev. Kirche (Fröbelweg)</i>	<i>362.000 €</i>

(zus. 5.000 € für Heizungserneuerung u. Fensteranstrich der Kita)

Ergänzend hierzu erklärte **Herr Strecker**, dass der auf Burgdorf entfallende Anteil der Landeszuschüsse für Krippenplätze bereits ausgeschöpft sei. Bei Einrichtung von zusätzlichen Krippenplätzen müsse die Stadt diese künftig allein finanzieren.

Zur Frage der Konzessionsabgabe auf Seite 250 erklärte **Herr Philipps**, dass die seinerzeit beschlossene Teilkapitalisierung im Herbst 2011 auslaufe. Bisher habe die Stadt aufgrund der Kapitalisierung einen Betrag von jährlich 102.000 € weniger an Konzessionsabgabe erhalten.

Herr Rohde bat um Erläuterung des auf Seite 264 aufgeführten Betrages von 170.000 € für die Erneuerung der Licht-/Ton- und Bühnentechnik im Gymnasium.

Hierzu erklärte **Herr Lahmann**, dass der TÜV die gesamte Bühnentechnik nicht mehr abgenommen habe. Die nicht mehr zulässige Technik sei verschlissen und könne nicht mehr repariert werden. Sie müsse grundsätzlich entsprechend den gültigen sicherheits- und brandschutztechnischen Bestimmungen erneuert werden. Durch einen externen Planer seien jetzt die

Kosten für eine Erneuerung ermittelt worden. Diese setzen sich wie folgt zusammen:

- Prospektzüge 1 – 7	38.500 €
- Feuerschutzvorhang	7.500 €
- Vorbühne Beleuchterzug	14.500 €
- Leinwand	19.500 €
- Hinterbühnen – Trennwand	6.500 €
- Bühnenlichtsteuerung	16.500 €
- <u>Diverse Reparaturen</u>	<u>7.500 €</u>
	110.500 €
- elektrische notwendige Leistungen	26.000 €
- Planung	22.000 €
- bauliche Leistungen	12.000 €
	<hr/>
	170.500 €

Als Anlage 7 ist dem Protokoll eine Aufstellung der vom Fachplaner ermittelten Kosten nach DIN 276 beigefügt.

Herr Rohde erkundigte sich, warum es schon wieder notwendig sei, im Feuerwehrhaus Burgdorf eine Absauganlage mit Kosten von 45.000 € zu installieren. Hierfür seien bereits vor ein paar Jahren Haushaltsmittel eingestellt worden.

Hierzu erläuterte **Herr Philipps**, dass die alte Anlage im Jahr 2003 nach Ausschreibung und Vergabewettbewerb installiert worden sei. Diese Anlage sei jedoch äußerst störanfällig und habe nie über einen längeren Zeitraum funktioniert. Z.Zt. seien Instandsetzungsarbeiten von rd. 7.000 € erforderlich, wobei jedoch der Erfolg für eine sichere und längerfristige Funktion seitens der Verwaltung bezweifelt werde. Aus diesem Grund sei es uner wirtschaftlichen Gesichtspunkten sinnvoll, nicht weiter in die vorhandene Anlage mit fragwürdigem Erfolg zu investieren, sondern sie durch ein nachweislich solideres und funktionsfähigeres und für die Feuerwehren der Stadt Burgdorf einheitliches Fabrikat zu ersetzen.

Zur Frage der Erneuerung von Fenster- und Türelementen der Kita Villa Mercedes erklärte **Herr Lahmann**, dass es sich hier um den 2. Bauabschnitt handele. Im Jahr 2010 seien Sanierungsarbeiten im Bereich des Kellers durchgeführt worden.

Zu der Maßnahme ‚Erneuerung defekter Heizungs- und Wasserleitungen‘ in Höhe von 30.000 € im Flüchtlingswohnheim erläuterte **Herr Lahmann**, dass die Rohre bereits defekt gewesen seien und nicht wegen mangelhaftem Heizens erneuert werden müssten.

Zu dem Ansatz für eine energetische Betrachtung und Bewertung städtischer Gebäude in Höhe von 30.000 € erklärte **Herr Rohde**, dass eine solche Maßnahme auch immer Investitions- bzw. Sanierungsmaßnahmen nach sich ziehe. Hierfür stünden aber keine Mittel zur Verfügung.

Herr Lahmann erklärte dazu, dass es notwendig sei zu ermitteln, welche Maßnahmen in den Gebäuden durchzuführen seien, um eine längerfristige Kostensenkung insbesondere im Bereich der Energiekosten zu erreichen. So könne eine Prioritätenliste aufgestellt werden, die entsprechend abgearbeitet werden könne.

Weiterhin erläuterte **Herr Lahmann**, dass in der Summe zu Pos. 15 – Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen - die Einrichtung von Ganztagschulen bisher noch nicht berücksichtigt sei.

Zur Frage von **Herrn Walter**, welcher Wert sich durch die Zuschaltung aller Leuchten in den Nachtstunden um ca. 60.000 kWh ergebe, erklärte **Herr Herbst**, dass es sich hier um einen Betrag von 18 ct je kWh handele.

Zu dem Ansatz von 40.000 € für den Umbau in eine barrierefreie Bushaltestelle am Berliner Ring erklärte **Herr Rohde**, dass s.E. dieser Betrag entfallen bzw. reduziert werden könne. Die Bushaltestelle müsste lediglich gesäubert werden.

Anschließend wurde der Tagesordnungspunkt verlassen.

**7. Entwurf Investitionsprogramm 2011
Vorlage: 2010 0809**

Nach Erläuterung einiger Verständnisfragen durch die Verwaltung zum Investitionsprogramm wurde der Tagesordnungspunkt verlassen.

**8. Vorläufiger Entwurf der Eröffnungsbilanz der Stadt Burgdorf zum
01.01.2010
Vorlage: 2010 0819**

Frau Ethner stellte fest, dass diese Vorlage sehr transparent geschrieben sei und auch von Ratsmitgliedern, die nicht mit dieser Materie vertraut seien, verstanden werden könne. Sie sprach den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern der Finanzabteilung für die Erstellung der Bilanz ihren Dank aus.

Anschließend nahm der Ausschuss für Wirtschaft und Finanzen die Vorlage zustimmend zu Kenntnis.

9. Anregungen an die Verwaltung

Herr Lüdecke erkundigte sich, welche Erkenntnisse die Verwaltung aus der am 03.11. durchgeführten Einwohnerversammlung gezogen habe.

Herr Baxmann erklärte, dass durch diese Veranstaltung erkennbar wurde, welches erhebliche Wissensdefizit bei den Bürgern zu den Finanzausgaben der Stadt Burgdorf vorhanden sei. Es sei vielen nicht bewusst, wofür das Geld ausgegeben wird. Hier müsse mehr Informationsarbeit geleistet werden.

Das Protokoll der Versammlung – so **Herr Baxmann** – werde allen Ratsmitgliedern zugehen, so dass die von den Bürgern gemachten Einsparvorschläge von allen Fraktionen zu den Haushaltsplanberatungen herangezogen werden könnten.

Einwohnerfragestunde

Es wurden keine Fragen gestellt.

Geschlossen:

Stadtrat

Ausschussvorsitzender

Protokollführerin